



Antrag

der Abgeordneten **Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen – Sofortmaßnahmen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Kampf gegen Islamismus in Bayern zu intensivieren und dabei insbesondere als Konsequenz aus der Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 5. Dezember 2024 folgende Maßnahmen zu prüfen und dem Landtag über das Ergebnis der Prüfung zu berichten:

- eine weitere materielle (Sachausstattung Soft-/Hardware etc.) und personelle Stärkung der Bayerischen Polizei im Bereich der Internetermittlungen im Staatsschutz
- eine weitere materielle und personelle Stärkung im Bereich der Deradikalisierungsarbeit der Bayerischen Polizei (u. a. Aus- und Fortbildung, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit)
- einen Ausbau zivilgesellschaftlicher Deradikalisierungsprogramme
- eine Ausweitung des staatlichen Islam-Unterrichts an Schulen
- Aufbau eines Übersetzer-Pools für relevante Sprachen
- Verbesserung und Ausweitung der Beobachtung sozialer Netzwerke

Begründung:

Bayern wird durch islamistischen Terrorismus bedroht. Zuletzt hat die radikal islamistische Gruppierung Islamischer Staat – Provinz Khorasan (ISPK) zu Anschlägen auf Großereignisse in verschiedenen Ländern aufgerufen und dabei auch das Oktoberfest ins Visier genommen. In Bayern leben derzeit 4 200 Personen, die islamistisches Gedankengut propagieren. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat am 5. Dezember 2024 Sachverständige angehört, die nicht nur die Bedrohungslage eindrucksvoll skizziert, sondern auch ein Bündel an Maßnahmen vorgeschlagen haben, um islamistischem Terrorismus in Bayern effektiv zu begegnen. Behörden und Institutionen zeigen sich – auch mit internationaler Hilfe – sehr engagiert im Kampf gegen Islamismus, aber es gilt, diesen Kampf weiter zu intensivieren. Auch die Migrationspolitik müsse mit Terrorismusbekämpfung verknüpft werden, da zuletzt die meisten Anschlagverdächtigen in Deutschland einen Fluchthintergrund hatten. Auch wenn diese nur einen verschwindend geringen Anteil unter den Geflüchteten darstellen, ist hier eine verstärkte Präventionsarbeit etwa in Flüchtlingsunterkünften notwendig.

Das Landeskriminalamt erläuterte in seiner Stellungnahme, dass eine Reduzierung der Gefahr des islamistischen Terrorismus insbesondere durch eine weitere materielle (Sachausstattung Soft-/Hardware etc.) und personelle Stärkung der Bayerischen Polizei im Bereich der Internetermittlungen im Staatsschutz erfolgen könne. Hierdurch ließe sich sowohl die Strafverfolgung als auch die Prävention (Gefährdermanagement etc.) stärken. Zudem ließe sich die Effektivität im Bereich der Deradikalisierungsarbeit ebenfalls durch materielle und personelle Stärkung erhöhen. Hierzu zählen eine grundsätzliche Stellenmehrung aufgrund der vielfältigen Aufgabengebiete (u. a. Aus- und Fortbildung, Netzwerkarbeit, wissenschaftliche Projekte, Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit) sowie die Verstetigung von drittmittelfinanzierten Projektstellen.

Ebenfalls wurde für eine Ausweitung des staatlichen Islam-Unterrichts an Schulen plädiert. Fundiertes und wissenschaftlich aufbereitetes religiöses Wissen schütze nachweisbar vor Radikalisierung.

Die Anhörung hat auch gezeigt, dass die Strafverfolgungsbehörden nur unzureichend auf zuverlässige Übersetzer der hier relevanten Sprachen (u. a. arabisch, russisch) zurückgreifen können, obwohl eine Vielzahl von Dokumenten oder Gesprächen ausgewertet werden muss.

Das Internet spielt eine große Rolle bei der Radikalisierung junger Islamisten. Insbesondere über soziale Netzwerke wird islamistische Propaganda verbreitet. Die islamistische Szene muss daher in den sozialen Netzwerken besser überwacht werden, die Betreiber der Netzwerke müssen zur Kooperation, vor allem zur Löschung islamistischer Inhalte, angehalten werden.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, Konsequenzen aus den Ergebnissen der Sachverständigenanhörung zu ziehen und die Einführung der geforderten Maßnahmen zu prüfen, um den Kampf gegen islamistischen Terrorismus in Bayern zu intensivieren.